



P D

# RECHNUNGSHOF

3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240

Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe

Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a

DVR: 0064025

Telefax 712 94 25

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anführen.

Zl 4539-01/94

An das

Präsidium des  
Nationalrates

Parlamentsgebäude  
1017 Wien

L 3

Betrifft: Entwurf einer Novelle zum Aufenthalts-  
gesetz; Begutachtung, Stellungnahme  
Schreiben des BMI vom 7. Dezember 1994,  
GZ 97 103/15-SL III/94

<b>Betrifft GESETZENTWURF</b>	
Zl. <u>85</u>	-GE/19 <u>84</u>
Datum: 10. JAN. 1995	
Verteilt 10. Jan. 1995 <i>U</i>	

In der Anlage beehrt sich der Rechnungshof, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum  
ggstl Gesetzesentwurf zu übermitteln.

Anlage

22. Dezember 1994

Der Präsident:

Fiedler

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:  
*Wack*

*Wag Zimm*

**RECHNUNGSHOF**

3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240

Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe

Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a

DVR: 0064025

Telefax 712 94 25

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anführen.

ZI 4539-01/94

An das

Bundesministerium  
für InneresHerrengasse 5 - 7  
Postfach 100  
1014 Wien**Betrifft:** Entwurf einer Novelle zum Aufenthalts-  
gesetz; Begutachtung, StellungnahmeSchreiben des BMI vom 7. Dezember 1994,  
GZ 97 103/15-SL III/94

Der RH bestätigt den Erhalt des ggstl Entwurfes und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Im Vorblatt wird unter dem Punkt "Kosten" – gestützt auf eine zu erwartende Zahl von jährlich rd 50 000 Berufungen – das Erfordernis einer Aufstockung der Berufungsbehörde (BMI-Abt III/11) um 30 Planstellen angenommen.

Im Hinblick auf die unterschiedlichen finanziellen Auswirkungen wäre nach Ansicht des RH eine genaue Unterscheidung dieser Planstellen nach Verwendungsgruppen geboten gewesen.

Nach Ansicht des RH sollte aber die Möglichkeit einer ressortinternen Personalumschichtung in Erwägung gezogen werden. Die Berufungsbehörde im Asylverfahren (BMI-Abt III/13) verfügt über einen Personalstand von 18 A/a- und 27 B/b-Planstellen für die Durchführung von Berufungsverfahren, die es erlaubte, Rückstände aufzuarbeiten. Im Hinblick auf die stark abnehmende Zahl der Asylanträge (1991: 27 306 – 1993: 4 744) würde nach Ansicht des RH – gestützt auf aktuelle Prüfungserkenntnisse anlässlich einer im Jahr 1994 durchgeführten Gebärungsüberprüfung beim BMI (Bundesasylamt), die sich auch auf die Berufungsbehörde im Asylverfahren erstreckte – mit einem erheblich geringeren Personalstand

RECHNUNGSHOF, ZI 4539-01/94

- 2 -

bei der Berufungsbehörde im Asylverfahren das Auslangen gefunden werden und damit die angegebene Personalaufstockung bei der Abteilung III/11 wesentlich geringer ausfallen können.

---

Von dieser Stellungnahme werden ue 25 Ausfertigungen dem Präsidium des NR und je zwei Ausfertigungen dem Staatssekretär im BKA Dr Caspar Einem sowie dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

22. Dezember 1994

Der Präsident:

Fiedler

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:  
*Mack*